

2347/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.04.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Jarolim , Doris Bures,
und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend eine schwer nachvollziehbare Personalentscheidung des Justizministers beim
Landesgericht Innsbruck

Das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionierende Justiz ist von großer Bedeutung für unser nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien organisiertes Gemeinwesen. Dazu gehört unter anderem auch, dass die Bevölkerung Vertrauen darin hat, dass die Richterposten auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen und nach sachlichen Kriterien besetzt werden. Nach Artikel 86 B - VG werden die Richter „gemäß dem Antrag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten oder aufgrund seiner Ermächtigung vom zuständigen Bundesminister ernannt; die Bundesregierung oder der Bundesminister hat Besetzungsvorschläge der durch die Gerichtsverfassung hiezu berufenen Senate einzuholen.“

Die Besetzungsvorschläge sind nicht bindend, wobei man allerdings im Interesse des Vertrauens der Bevölkerung in die Gerichtsbarkeit wohl davon ausgehen wird können, dass ein Abgehen von einem Besetzungsvorschlag durch den Bundesminister für Justiz nur dann erfolgt, wenn triftige sachliche Gründe dafür vorliegen.

In der Tiroler Tageszeitung vom 14., 15., 16. April 2001 (siehe Beilage) wird darüber berichtet, dass die Tiroler Richtervereinigung Justizminister Böhmdorfer aufgrund einer Personalentscheidung betreffend das Landesgericht Innsbruck kritisierte.

Demnach seien derzeit der Präsident und der Erste Vizepräsident des Landesgerichtes Innsbruck mit ZivilrichterInnen besetzt, während die Stelle des Zweiten Vizepräsidenten derzeit ein Strafrichter innehat, der nunmehr in Pension geht und über dessen Nachfolge entschieden werden soll.

Wie man aus dem genannten Artikel schließen kann, haben die zuständigen Personalsenate des Oberlandesgerichtes und des Obersten Gerichtshofes zwei gleichlautende

Dreivorschläge erstellt, wobei der Erst - und Zweitgereichte Strafrichter sind und erst der Drittgereichte ein Zivilrichter.

Der Bundesminister für Justiz Dr. Dieter Böhmdorfer - so der genannte Pressebericht - „setzte den Zivilrichter an die erste Stelle.“

Die Tiroler Richtervereinigung war über diese Entscheidung sehr verärgert und kann sie offenbar schwer nachvollziehen. Deren Obmann Georg Menardi laut TT: „Die Strafrichter haben wenig Verständnis, dass sie im Präsidium nicht mehr vertreten sein sollen. Das hat in Tirol auch Tradition. Ausserdem stellt sich die Frage, welche Wertigkeit Personalschlüsse des OLG und OGH überhaupt haben.“

Für die unterzeichneten Abgeordneten ist - die inhaltliche Richtigkeit des genannten Artikels vorausgesetzt - im Sinn des bisher Dargelegten die Entscheidung des Bundesministers für Justiz Dr. Dieter Böhmdorfer schwer nachvollziehbar und sie stellen daher nachstehende

Anfrage:

1. Welche Gründe waren bei der Entscheidung über die Nachbesetzung des Zweiten Vizepräsidenten des Landesgerichtes Innsbruck für Sie ausschlaggebend, dass Sie nicht - wie es bisher in den meisten Fällen durch die zuständigen Justizminister geübte Praxis war - den gleichlautenden Vorschlägen der Personalsenate des Oberlandesgerichtes bzw. des Obersten Gerichtshofes gefolgt sind?
2. Nach welchen Kriterien scheint Ihnen ein Abgehen von Vorschlägen von Personalsenaten bei Besetzungen von Richterposten durch den Bundesminister für Justiz angebracht zu sein?
3. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass im Präsidium des Landesgerichtes Innsbruck nunmehr neben drei Zivilrichtern kein Strafrichter mehr vertreten sein soll?
4. Wie beurteilen Sie die Kritik der Tiroler Richtervereinigung an Ihrer Entscheidung im gegenständlichen Fall?
5. Sind Sie der Auffassung, dass durch die von Ihnen getroffene Vorgangsweise bei der Entscheidung das Vertrauen der Bevölkerung in die Gerichtsbarkeit geschwächt wird?

6. Teilen Sie die Auffassung, dass ein Abgehen von den Vorschlägen der Personalsenate bei der Besetzung von Richterposten durch den Bundesminister für Justiz nur dann erfolgen sollte, wenn triftige sachliche Gründe dafür vorliegen?

Samstag/Sonntag/Montag, 14./15./16. April 2001

TT



Justizminister übergibt
Josef Geisler und Klaus Schöberl

Tiroler Richter enttäuscht

Die Tiroler Richterverei-
nigung kritisiert Justiz-
minister Dieter Böhm
harter. Aufgrund seiner
Personalentscheidung
soll künftig kein Straf-
richter mehr im Präsi-
dium des LG Innsbruck
vertreten sein.

INNSBRUCK (wep). Die Präsidentin des Innsbrucker Landesgerichtes Barbara Sparer-Fuchs und ihr Erster Vizepräsident Rudolf Rocabona sind Zivilarichter. Die Stelle des Zweiten Vizepräsidenten hatte bisher jedoch mit Johann Pühringer ein Strafrichter inne. Aufgrund seiner Pensionierung wird ein Nachfolger gesucht.

Das Oberlandesgericht und der Oberste Gerichtshof erstellen zwei gleich-

zeitig in der Person. Ob
manh Georg Schmid, in
der Person von Rocabona
ein Strafrichter sein wird,
das entscheidet die Richter-
schaft. In Innsbruck hat
Außerdem stellt sich die
Frage, welche Wertigkeit
Personalvorschläge des
Landesgerichtes haben.
Letztlich entscheidet
freilich der Bundesrat,
dessen Unterschrift
es aber nicht nur auf
Formen